



Katholischer
Deutscher
Frauenbund

FRAUENGESUNDHEIT



VORWORT



Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) macht sich dafür stark, dass die Gesundheit von Frauen im Zusammenhang mit ihrer Lebensumwelt betrachtet wird. Familienstand, Alter, Wohnort, Herkunft und Berufstätigkeit müssen dabei in den Blick genommen werden. Schutz und Erhalt des Lebens bilden unabhängig von Geschlecht und Alter die Richtschnur für eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik und -versorgung. Doch Fakt ist, dass sich Gesundheit und Krankheitsverläufe von Frauen anders zeigen als bei Männern. Dementsprechend müssen auch unterschiedliche Maßnahmen zur körperlichen und seelischen Gesundheit angewendet werden.

Als Frauenverband setzen wir uns für die Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebensbereichen ein, auch im Bereich der Gesundheit. Die Beseitigung von ungleichen Chancen und Maßnahmen muss in einer Gesundheitspolitik, die hohe Qualitätsansprüche stellt, Priorität haben. Dazu gehört, Frauen sowohl an der Definierung von Qualitätsstandards und -sicherungen aktiv zu beteiligen, den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich anzuheben, als auch dafür zu sorgen, dass zielgerichtete Maßnahmen zur Gesundheitsförderung Frauen besser erreichen.

Die Broschüre greift den Beschluss „Frauengesundheit“ der KDFB-Bundesdelegiertenversammlung von 2016 auf und thematisiert die immer noch aktuellen Aspekte. Benannt werden konkrete Forderungen an Verantwortliche in Politik und Kirche, die als Akteure im Gesundheitswesen Pflichten und Möglichkeiten haben, zur positiven und geschlechtergerechten Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung beizutragen.

Dr. Maria Flachsbarth
KDFB-Präsidentin

DIE GESUNDHEIT VON FRAUEN UND MÄDCHEN ZU FÖRDERN UND ZU ERHALTEN, GEHÖRT ZU DEN KERNANLIEGEN DER INTERNATIONALEN FRAUBEWEGUNG.

Die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking hat bereits vor mehr als 25 Jahren festgehalten:

„**Die Gesundheit der Frau umfasst ihr emotionales, soziales und körperliches Wohlbefinden und wird durch ihr soziales, politisches und wirtschaftliches Lebensumfeld sowie von biologischen Faktoren bestimmt.**“

Für den Katholischen Deutschen Frauenbund e.V. (KDFB) gehört Frauengesundheit seit langem ganz selbstverständlich zu seinen Themen. Auch dank des Einsatzes des KDFB hat sich seit Peking viel getan. Angesichts neuer Herausforderungen wollen wir das Engagement für eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik und -versorgung beibehalten.



4. Weltfrauenkonferenz, Peking 1995

Aus Sicht des Frauenbundes ist es unabdingbar, dafür einen ganzheitlichen Gesundheitsbegriff zu Grunde zu legen. Der Zusammenhang von Gesundheit und Lebensumwelt ist umfassend zu berücksichtigen. Dies erfordert Beteiligung und Zusammenwirken möglichst vieler Akteurinnen und Akteure aus den unterschiedlichen Fachdisziplinen und Ressorts. Der KDFB setzt sich für eine Gesundheitsversorgung ein, die die Gesundheit aller Frauen unabhängig von Familienstand, Alter, Wohnort und Herkunft sichert.

Die unterschiedlichen Phasen im Lebenslauf sind dabei ebenso konsequent einzubeziehen wie die Wechselwirkungen im Lebensverlauf.

Frauen sind aufgrund biologischer Faktoren, insbesondere aber auch durch soziale Bedingungen, von anderen Gesundheitsrisiken betroffen als Männer. Häusliche Gewalt und Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit Sexualität, Schwangerschaft und Geburt zählen zu den besonderen Risiken im Lebenslauf

von Frauen. Traditionelle Praktiken wie Genitalverstümmelungen oder Zwangsverheiratung im Kindesalter stellen in manchen Kulturkreisen ganz erhebliche Beeinträchtigungen der Integrität und Gesundheit von Mädchen dar. Außerdem sind Frauen und Männer aufgrund gesellschaftlicher Zuschreibungen und Rollenmuster in Familienleben und Berufswelten mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Auch dies hat verschiedene Auswirkungen auf ihre physische und psychische Gesundheit.

Als Verband von Frauen aller Generationen und aus christlicher Überzeugung heraus macht sich der KDFB stark für den Schutz des Lebens in seiner besonders verletzlichen Phase des Lebensanfangs. Die Entwicklungen der Reproduktionsmedizin und der vorgeburtlichen Diagnostik wird der KDFB weiterhin besonders in den Blick nehmen.

Die KDFB-Broschüre „**Kinderwunsch und Wirklichkeit. Ethische und frauenpolitische Leitlinien und Grenzen der Reproduktionsmedizin**“ finden Sie auf unserer Homepage unter www.frauenbund.de

an den medizinischen Fakultäten, in Kliniken sowie innerhalb der Selbstverwaltungen und Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens muss deshalb deutlich erhöht werden.

Der KDFB fordert:

Verantwortliche in der Politik, bei den Sozialversicherungsträgern, im Gesundheitswesen, in der medizinischen Forschung sowie Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen eine geschlechterbezogene Gesundheitserhaltung, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung für alle Frauen verfolgen, umsetzen und weiterentwickeln.

Gute Pflege ist ein wesentlicher Bestandteil guter Gesundheitsversorgung. Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Pflegekräften, Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen, von denen deutlich über drei Viertel Frauen sind, und bessere Informationen über diese Angebote sind Teil unseres Frauen-Gesundheits-Plans.

Für den KDFB gilt:

Ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem ist erst dann erreicht, wenn die Genderperspektive durchgängig einbezogen ist sowie Frauen an der Definierung von Qualitätsstandards und Maßnahmen der Qualitätssicherung aktiv beteiligt sind. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen

Der KDFB nimmt auch die Kirchen als wichtige Akteure im Gesundheitswesen mit ihren Krankenhäusern, Altenheimen, Beratungseinrichtungen, Pflegedienstleistern und Sozialstationen in die Pflicht. Seelsorge und die spirituelle Begleitung von Gesunden und Kranken sind in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung und müssen sichergestellt werden (spiritual care).

Als christlicher Frauenverband sieht sich der KDFB selbst in der Verantwortung, gemeinsam mit anderen Frauenverbänden und kirchlichen Partnern die formulierten Ziele mit Nachdruck weiter zu verfolgen.

WEIBLICHE GENITALVERSTÜMMELUNG

Weibliche Genitalverstümmelung (englisch: Female Genital Mutilation/Cutting (FGM/C)) ist eine Menschenrechtsverletzung und ist mehr als eine tief verwurzelte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und eine Diskriminierung von Mädchen und Frauen. Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF sind jährlich weltweit circa 130 Millionen Mädchen und junge Frauen von Genitalverstümmelung betroffen – eine halbe Million junger Frauen und Mädchen lebt davon in Europa, circa 47.000 in Deutschland.

Begründet wird die weibliche Beschneidung oftmals durch soziale Traditionen und Normen und kulturell geprägte Vorstellungen von Weiblichkeit, gesellschaftlichem Druck und vermeintlich religiösen Argumente. Oftmals leiden die Mädchen und jungen Frauen ihr Leben lang an den Folgen akuter und chronischer Infektionen, Schmerzen, Traumata und sind besonderen Komplikationen bei Geburten ausgesetzt. Nicht selten sterben Mädchen und junge Frauen an den direkten Folgen des Eingriffs. FGM ist seit 2013 in Deutschland gesetzlich verboten und wird als eigener Straftatbestand gemäß § 226 a Strafgesetzbuch (StGB) eingestuft. Doch um FGM/C wahrzunehmen und wirksam zu verhindern, bedarf es der Enttabuisierung, einer gesellschaftlichen Wissensvermittlung und der Schaffung von Diskussionsräumen.

GLEICHE GESUNDHEITSCHANCEN

Die Beseitigung von sozial bedingten ungleichen Gesundheitschancen muss aus Sicht des KDFB Priorität in Gesundheitspolitik und medizinischer Versorgung haben. Dafür ist es für den KDFB zwingend notwendig, die Auswirkungen der jeweiligen Lebensumwelten von Frauen auf ihre

Gesundheit zu berücksichtigen. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung müssen insbesondere verletzte Gruppen von Frauen (und Männern) besser erreichen. Eine tatsächliche Chancengleichheit ist herzustellen.

DER KDFB FORDERT:

- die Umsetzung des Präventionsgesetzes (2015) durch die einzelnen Sozialversicherungsträger weiterhin konsequent geschlechterbezogen durchzuführen.
- eine noch stärkere Berücksichtigung von nichterwerbstätigen Personen in Programmen und bei Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Rehabilitation einhergehend mit einer Entbürokratisierung der Antragstellung (etwa Menschen im SGB-II Bezug oder pflegende Angehörige).
- eine wohnortnahe medizinische Versorgung im ländlichen Raum hinreichend herzustellen, dabei sind auch niederschwellige, neue Strukturen zu prüfen.
- ein flächendeckendes Angebot von psycho-sozialen Beratungsstellen und Therapieplätzen für Frauen mit psychischen Belastungen zu schaffen.
- verbesserte Präventionsmaßnahmen und Entlastungsstrukturen für die Gesamtheit der in stationärer, ambulanter sowie häuslicher Pflege Tätigen zeitnah zu schaffen.
- gleichberechtigten Zugang von älteren Frauen sowie von Migrantinnen zu Rehabilitationsmaßnahmen zu ermöglichen.
- den barrierefreien Zugang von Frauen mit Beeinträchtigungen zu medizinischer Versorgung, zu Rehamaßnahmen sowie (frauen-)ärztlichen und psychotherapeutischen Einrichtungen weiter auszubauen und sicherzustellen.
- weitere gesundheitsbezogene Maßnahmen und Unterstützungsangebote für nach Deutschland geflüchtete Mädchen und Frauen zu

entwickeln, um deren spezifische gesundheitliche Belastungen und Risiken nachhaltig zu berücksichtigen und ihren Zugang zu medizinischer Versorgung sicherzustellen. Dazu gehört auch die finanzielle Sicherstellung von Institutionen und Verbänden, die sich vor Ort für die betroffenen Mädchen und Frauen engagieren.



Seit mehr als 80 Jahren setzt sich die KAG für die gesundheitlichen Belange von Müttern und Vätern ein. Als Trägergruppe des Deutschen Müttergenesungswerkes – Elly-Heuss-Knapp-Stiftung schafft sie Rahmenbedingungen für eine bessere Gesundheit von Familien. Besonderes Ziel der KAG ist die Förderung, Weiterentwicklung und Koordination der Müttergenesung als besonderes Angebot kirchlicher Frauen- und Familienhilfe und deren Vertretung im kirchlichen und außerkirchlichen Bereich, also in der politischen Lobbyarbeit. Angebote der Beratung, Vorsorge und Rehabilitation für Mütter, Väter und pflegende Angehörige – wie die der KAG Müttergenesung – müssen weiterhin staatlich gefördert werden, da sie sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen einsetzen.

Weitere Informationen unter: www.kag-muettergenesung.de

FORSCHUNG UND GESUNDHEITSinFORMATIONEN

Eine genderorientierte medizinische Forschung ist maßgeblich für die Gesundheitsförderung und medizinische Versorgung von Frauen (und Männern).

Das beinhaltet auch die Bereitstellung von zielgruppengerechten und geschlechterbezogenen Gesundheitsinformationen.

DER KDFB FORDERT:

- Rahmenbedingungen zu schaffen für eine stärker geschlechterbezogene medizinische Forschung sowie eine bessere gendersensible ärztliche Beratung und Betreuung durch obligatorische Genderorientierung in medizinischen Ausbildungen und in der Hochschullehre.

- Gesundheitsdaten systematisch zu erheben und nach Geschlecht aufzuschlüsseln.
- unabhängige, gut verständliche Gesundheitsinformationen auf Basis evidenzbasierter medizinischer Erkenntnisse bereitzustellen und stärker zu verbreiten, um informierte Patientenentscheidung für Frauen (und Männer) sicherzustellen und zu fördern.
- Arzneimittelinformationen von Medikamenten in einfacher Sprache zu verfassen sowie etwaige geschlechterdifferente Informationen zu Dosierung, Neben- und Wechselwirkungen aufzuführen, da Frauen und Männer u.a. aufgrund unterschiedlicher Hormonhaushalte verschieden auf Arzneimittel reagieren können.

i LIPÖDEM

Wussten Sie das? In Deutschland leiden drei bis vier Millionen Frauen an Lipödem, einer krankhaften Fettvermehrung. Lipödeme sind kein „Reservefett“ durch Übergewicht, sondern eine Fettverteilungsstörung an Ober- und Unterschenkeln sowie im Hüftbereich. Dabei handelt es sich um eine erhöhte Anzahl an krankhaft veränderten Fettzellen. Schmerzhaftes Folgen für die Patient*innen sind die Deformationen der Gelenke, vor allem der Kniegelenke, durch die X-Bein-Stellung infolge des hohen Gewichts. Die Krankheit Lipödem ist meist genetisch und hormonell bedingt, dazu chronisch und fortschreitend und betrifft überwiegend Frauen. Der KDFB fordert: Jegliche therapeutisch notwendige Behandlung von Lipödem-Patient*innen muss in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden!

Weitere Forderungen finden Sie auf unserer Homepage unter www.frauenbund.de

i ENDOMETRIOSE

Wussten Sie das? Jedes Jahr erkranken in Deutschland schätzungsweise 40.000 Frauen an Endometriose, einer gutartigen Wucherung der Gebärmutter Schleimhaut. Doch auch, wenn ca. 10 bis 15 Prozent aller Frauen im gebärfähigen Alter an Endometriose leiden, fehlt es an Forschung, Versorgung und Informationen. Oftmals vergehen mehrere Jahre, bis die Erkrankung diagnostiziert wird. Dies liegt vor allem daran, dass lange Zeit die Symptome wie Unterleibsschmerzen als Krankheitsanzeichen erkannt oder nicht ernst genommen wurden. Die Symptome selbst sind facettenreich und reichen von starken Monatsblutungen, Unterleibsschmerzen, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr bis hin zur ungewollten Kinderlosigkeit bei späterer Behandlung.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.frauengesundheitsportal.de

GEBURT UND MUTTERSCHAFT

Sehr häufig erfahren Frauen Schwangerschaft und Geburt nicht mehr als natürliche Ereignisse, sondern als Vorgänge, die auf eine engmaschige medizinische Begleitung angewiesen sind. Allein der Anstieg der so genannten Risikoschwangerschaften sowie die ungebrochen hohe Kaiserschnitttrate verdeutlichen dies. Frauen sehen sich hohem gesellschaftlichem Druck ausgesetzt, Kinderwunsch und Berufslaufbahn möglichst reibungslos miteinander verbinden zu müssen.

Werdende Mütter sehen sich hohem gesellschaftlichem Druck gegenüber, alle Untersuchungsmethoden während der Schwangerschaft zur Abschätzung einer etwaig vorliegenden Krankheit oder Behinderung ihres Kindes in Anspruch zu nehmen.



DER KDFB FORDERT:

- dass junge Frauen frühzeitig über Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft informiert sind, um selbstbestimmt Entscheidungen, die den eigenen Lebensverlauf beeinflussen, treffen zu können.
- die Kategorien zur Einstufung einer Risikoschwangerschaft zu überprüfen. Allein durch das heutige spätere Lebensalter von Frauen bei Erstgeburten gelten viele Schwangerschaften – trotz der mittlerweile vorliegenden Erfahrungen von in der Regel unkompliziert verlaufenden Schwangerschaften und Geburten – formal als problematisch.
- die Kaiserschnitttraten durch weitere strukturelle Veränderungen der Entbindungspraxis in den Kliniken zu senken. Dazu gehört die Ermöglichung einer Eins-zu-Eins-Betreuung während der Geburt, etwa durch den Ausbau von Hebammenkreißsälen und eine insgesamt bessere Zusammenarbeit von Ärztinnen, Ärzten und Hebammen.
- die Gesundheit von Müttern unter anderem durch ausreichende Angebote von Mutter/Vater-Kind-Kuren zu erhalten und zu fördern.

PRÄVENTION UND ARBEITSSCHUTZ

Die präventive Ausrichtung des Gesundheitsschutzes ist grundsätzlich von größter Bedeutung. Krankheit und Leiden zu verhindern hat Vorrang vor nachsorgender Behandlung. Der klassische Arbeitsschutz darf durch die neuen Präventionsanstrengungen nicht aufgeweicht werden. Bestehende arbeitsschutzrechtliche Verpflichtungen des Arbeitgebers müssen erhalten bleiben.

Für den KDFB ist in diesem Zusammenhang zentral, dass die Weiterentwicklung des Mutterschutzgesetzes als Teil des Arbeitsschutzrechtes erfolgt. Hierbei gilt es, angesichts geänderter Lebens- und Arbeitswirklichkeiten von Frauen, die Balance zwi-

schen Schutz und Diskriminierung von schwangeren/stillenden Erwerbstätigen sorgsam im Blick zu behalten.



DER KDFB FORDERT:

- eine gendergerechte Ausgestaltung des Arbeitsschutzes zu gewährleisten.
- Um der schleichenden Aufweichung des Arbeitsschutzes im Kontext mobiler Arbeit entgegenzuwirken, sind die gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen allgemeinverbindlichen Arbeitsschutzregelungen zu überarbeiten.
- Geschlechtergerechte Arbeitsplatzkonzepte unter Einbeziehung von Home-Office oder mobilem Arbeiten müssen betrieblich ausgebaut werden. Dabei ist die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ein wichtiges Kriterium.
- das bestehende Recht auf eine schwangerschaftsgerechte Umgestaltung des Arbeitsplatzes besser bekannt zu machen und tatsächlich umzusetzen.
- das Mutterschutzgesetz in regelmäßigen Abständen zu prüfen, so dass auch zukünftig gewährleistet wird, dass schwangere Frauen und das ungeborene Kind keinen Risiken ausgesetzt sind. Dieser Schutz muss auch für Selbstständige gelten.

HERZ-KREISLAUF-ERKRANKUNGEN

Wussten Sie, dass Herz-Kreislauf-Erkrankungen noch immer die häufigste Todesursache in Deutschland ist? Lange Zeit wurde die Erkrankung des Herz-Kreislauf-System bei Frauen unterschätzt. Heutzutage sterben mehr Frauen als Männer daran, obwohl laut Expert*innen rund die Hälfte der Herz-Kreislauf-Erkrankungen durch präventive und vorbeugende Maßnahmen und die Vermeidung von Risikofaktoren zu verhindern sind. Weitere Informationen zur Vorbeugung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen finden Sie im Frauengesundheitsportal.

Mehr Informationen finden Sie auf der Seite der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: www.bzga.de



Katholischer
Deutscher
Frauenbund

Herausgeber:
Katholischer Deutscher Frauenbund e.V.
Kaesenstraße 18
50677 Köln

Telefon: 0221 86092-0
Telefax: 0221 86092-79
E-Mail: bundesverband@frauenbund.de
www.frauenbund.de

